

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schriftl. u. Geschäftsstelle Dresden-N. 1, Gr. Zwingerstr. 16. Ruf 14574 u. 21 295.
Postfach-Konto Dresden 2484 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreis: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Zeitungslieferung der Staatsschuldverwaltung, Holzpflanzen-Verkaufsliste der Staatsschuldverwaltung.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 30 Dresden, Freitag, 5. Februar 1932

Zur Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 4. Februar.
Der Hindenburg-Ausschuß teilt mit: Nach den bisherigen Bestimmungen haben sich am 1. und 2. Einzeichnungstage für die Volkswahl zur Hindenburg insgesamt 277000 Personen eingetragen, davon in Berlin insgesamt 63000. Bisher liegt weder das Ergebnis des 1. noch des 2. Einzeichnungstages vollständig vor.

Zurückweisung unrichtiger Behauptungen Ludendorffs.

Berlin, 4. Februar.
In einem kürzlich erschienenen Flugblatt enthält Ludendorff, aus einem Rundschreiben amerikanischen Ursprungs in Erfahrung gebracht zu haben, daß Deutschland an Frankreich wegen eines Bündnisses heranzutreten sei, das die völlige Freigabe der deutschen Selbständigkeit bedeuten würde. Um seine kurzfristigen Kredite in langfristige umzuwandeln, und die Tribute, die in bar in Waren weiter leisten zu können, habe Deutschland eine Union mit Frankreich auf dem Gebiete der Wehrmacht, der Währung und der Wirtschaft, namentlich des Eisenbahnwesens, in Vorschlag gebracht.
Diese Behauptungen sind völlig unrichtig und reine Phantasieprodukte.

Zinsermäßigung bei Krediten zum Absatz von Originalsaatgut.

Berlin, 4. Februar.
Um den Absatz von Originalsaatgut von Getreide für die bevorstehende Frühjahrsbestellung zu heben, hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Mittel zur Verbilligung des Zinsfußes für Kredite zur Verfügung gestellt. Die Zinsverbilligung, die bei einem Reichsbankdiskont von 7 Proz. 3 Proz. beträgt, sinkt um die gleiche Prozentzahl wie der Reichsbankdiskont auf 4 Proz. und ist für die Dauer von zweimal drei Monaten vorgesehen. Die Zinsverbilligung erfolgt bei genossenschaftlichem Absatz durch die Preussische Zentralgenossenschaftskasse, soweit Absatz durch die Originalsaatgutämter im freien Handel in Frage kommt, durch die Reichstrentengesellschaft. Die Ermäßigung wird nur für den Bezug von anstehendem Originalsaatgut von Getreide einschließlich Mais und Hülsenfrüchten gewährt und nicht für Abfaaten oder sonstiges Saatgut.

Die „Deutsche Bauernschaft“ beim Reichsfinanzminister.

Berlin, 4. Februar.
Wie das Nachrichtenbüro des RFD, meldet, hatte der Vorstand der „Deutschen Bauernschaft“ eine grundsätzliche Aussprache mit dem Reichsfinanzminister Dr. Dietrich über die Umschuldung der Bauernschaft, die Weltbeschaffung für die Siedler, die Hilfe, insbesondere über den Plan der Entschuldung durch Wiedereinführung der Rentenbankgrundschuld für alle landwirtschaftlichen Betriebe im Osten usw.
Darüber hinaus wurden dem Reichsfinanzminister Vorschläge über eine weitere Senkung der landwirtschaftlichen Produktionskosten gemacht, durch Herabsetzung der Futtermittelpreise, der Pachtpreise und der Zinsen für Personalkredite.
Wie die „Deutsche Bauernschaft“ betont, habe sich aus der Erwidernung des Reichsfinanzministers, der sich sehr positiv zu diesen Vorschlägen geäußert hätte, ergeben, daß der Reichsfinanzminister bereit sei, im Rahmen der beschränkten Möglichkeiten zu versuchen, eine bauernfreundliche Politik zu machen.

Zum Versuch der Einbürgerung Hitler's. Gutachten des Reichsinnenministers.

Berlin, 5. Februar.
Reichsinnenminister Brüning hat noch gestern abend dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Dietrich über die Einbürgerung Adolf Hitler's Stellung genommen. Das Reichsinnenministerium lehnt, der „Völkischen Zeitung“ zufolge, auf dem Standpunkt, daß, wenn eine Einbürgerung durch den damaligen Minister Dietrich in der von den beiden Beamten geäußerten Weise erfolgt wäre, zweifellos der ganze Vorgang rechtsunwirksam sei.

Dr. Goerdeler über Preisentwertungsfragen.

Berlin, 4. Februar.
Vor Vertretern der Presse wies heute der Preiskommissar Dr. Goerdeler noch einmal darauf hin, daß der Lebenshaltungsindeks sich gegenüber der Zeit zu Beginn der Preisentwertungskontrolle um 6,3 Prozent und gegenüber dem Höchststand im März 1929 um 20 Prozent gehoben habe. Der Preiskommissar verlangte mit allem Nachdruck, daß die Verbilligung sich bis zum letzten Verbraucher durchziehe. Von besonderem Interesse sei die Frage der Behandlung langfristiger Verträge bei Abzahlungs-geschäften sei nur eine Erleichterung in der Weise möglich, daß die Ratenzahlungen auf einen längeren Zeitraum verteilt und somit kleiner werden. In der Frage der Privat-lebensversicherung vertritt der Preisentwertungskommissar den Standpunkt, daß für die Leistungen die in der Gegenwart und in der Zukunft fällig sind eine Verbilligung einzu-treten muß. Zu den sogenannten Mißver-trägen betonte Dr. Goerdeler, wenn ein Wert durch langfristige Verträge an einen bestimmten Preis gebunden ist, hat in Zeiten niedrigerer Konjunktur eine Preisveränderung zu haben, dann sei es eigene Schuld; es kann nicht die Aufgabe behördlicher Stellen sein, eine risikolose Wirtschaft zu schaffen.

Zum Problem der gebundenen Preise kündigte Dr. Goerdeler eine Vereinfachung der Verordnung an, in der bestimmt wird, daß alle Verpackungen, Gefäße usw. der Ware der alte und der neue Preis gedruckt werden muß, damit der Käufer die Preisentwertungskontrollieren kann.
Besonders schwierig sei die Frage der öffentlichen Tarife. Die Entwertungen seien teilweise

so niedrig, daß nach Ansicht des Preiskommissars geprüft werden muß, ob es nicht zweckmäßig ist, nur bei der einen Kraft zu lenken, statt die Vorteile der Preisentwertung zu verzerren. Die Schwierigkeit dieses Problems liegt auch darin, daß die Finanzlage der Gemeinden und Gemeindevorstände sich katastrophal verschlechtert hat. Diesem Problem ist nach Ansicht Dr. Goerdeler nur durch eine Verwaltungs- und finanzpolitische Umgruppierung beizukommen, deren Erösung Aufgabe der zuständigen Stellen ist.

Die Reichskonferenz des GDA für ausgleichende Preisentwertung.

Berlin, 4. Februar.
Wie der Gewerkschaftliche Pressedienst meldet, fand die am 3. und 4. Februar in Berlin tagende Reichskonferenz des Gewerkschaftsbundes der Angehörigen (GDA) eine Entschliebung, in der festgestellt wird, daß die Preisentwertung die Wirtschaft nicht nur im Zusammenhang mit der letzten Rotverordnungsverordnung wiederholt abgegebene Erklärungen der Reichsregierung, daß zur Vermeidung einer weiteren Schrumpfung der Wirtschaft ein Auseinanderklaffen zwischen Preis- und Lohnabbau unbedingt verhindert werden müsse.
Die Entschliebung erklärt zum Schluß, wenn es der Regierung und dem Reichskommissar für Preisüberwachung nicht gelinge, die Preise in längerer Frist den gewünschten Gehältern und Löhnen wieder anzupassen, dann müsse das „schalls- und lohnbestätigte“ Rotverordnungsverfahren unverzüglich aufgehoben werden.

Eine Erklärung des thüringischen Ministers Baum.

Weimar, 4. Februar.
Minister Baum erklärte auf Anfrage, daß in der morgen stattfindenden Kabinetsitzung in Weimar eine Erklärung formuliert werden soll, durch die die Öffentlichkeit über alles genauestens informiert werde. Man werde insbesondere Stellung nehmen zu dem Vor-gang des Ministers a. D. Dr. Fried; außerdem aber werde auch die Frage erörtert werden, ob das Verhalten der beiden Ministerial-beamten mit den beamtensrechtlichen Bestimmungen zu vereinbaren sei.

Die Berliner Universität geschlossen. Neue Ausschreitungen nationalsozialistischer Studenten.

Berlin, 4. Februar.
In der Berliner Universität kam es heute wieder zu schweren Ausschreitungen nationalsozialistischer Studenten. Als einige jüdisch aussehende Studierende die Universität betreten, wurden sie von einer Gruppe nationalsozialistischer Studenten mit dem Rufe empfangen: „Juden raus!“ Es entwickelte sich zwischen ihnen und politisch Andersdenkenden eine Prügelei, so daß die Polizei einschreiten mußte. Dabei wurden zehn Personen erwischt. Der Rektor der Universität hat auf Grund dieser Vorfälle die Schließung der Universität für den heutigen Tag angeordnet.

Strafanträge im Kurfürstendamm-Krawall-Prozess.

Berlin, 4. Februar.
Im Prozeß gegen die Nationalsozialisten, die am jüdischen Neujahrstage am Kurfürstendamm jüdische Personen oder solche die für Juden gehalten wurden, schwer mißhandelt hatten, bzw. die Krawalle geleitet hatten, wurden heute die Anklageverträter ihre Strafanträge. Wegen Graf Heilborn, der in erster Instanz zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war, wurden zwei Jahre Gefängnis beantragt, gegen den Stadtschreiber Ernst und den Jungkassiermeister Brandt, die gleichfalls zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt waren, wurde je ein Jahr sechs Monate Gefängnis beantragt. Eine Straferhöhung bean-

tragten die Staatsanwälte gegen die Angeklagten Damerow von drei Monaten Gefängnis auf ein Jahr Gefängnis und bei dem Angeklagten Schulz von vier Monaten auf ein Jahr drei Monate Gefängnis. Dagegen wurde bei dem Mitfahrer des Grafen Heilborn, Chauffeur Kühne, eine Strafermäßigung von einem Jahr sechs Monaten Gefängnis auf neun Monate Gefängnis und bei dem Leiter der Stadtwache Gewehr von einem Jahr drei Monaten auf ein Jahr Gefängnis beantragt. Auch bei den Angeklagten Oxendorf, Juhl und Meyer-Rühlhaus beantragten die Staatsanwälte anstatt der jetzt verhängten höheren Strafe je neun Monate Gefängnis. In allen übrigen Fällen wurde bis auf geringe Änderungen Verurteilung der Berufung der Staatsanwälte wieder der Angeklagten beantragt.

Die Staatsanwälte stellen ihre Anträge fast ausnahmslos wegen einfachen Landstriedensbruchs, zum Teil in Tateinheit mit Anreizung zu Gewalttätigkeiten oder zum Klassenhaß. Außer der Aufrechterhaltung der Haftbefehle gegen zwei schon in Untersuchungshaft befindliche Angeklagte wurde auch die Verhaftung des Grafen Heilborn, Ernst, Brandt, Schulz und Schubert beantragt. Neben den Preisprüchen, die bereits in erster Instanz erkannt waren, wurde auch noch die Freisprechung des Angeklagten Voth beantragt. Die Verhandlung wird Sonnabend fortgesetzt werden.

Die Zerlegungversuche bei der Reichswehr.

Rein Reichswehrangehöriger beteiligt.
Berlin, 4. Februar.
Zu den gestern vom Berliner Polizeipräsidenten gemeldeten Verhaftungen wegen Zerlegungversuchen bei der Reichswehr erzählt Wolffs Büro aus dem Reichswehrministerium, daß die kommunistischen Zerlegungversuche in keinem Falle einen Erfolg gehabt haben. Es trifft nicht zu, daß ein Reichswehrsoldat wegen Beteiligung an den Zerlegungversuchen festgenommen worden ist. Bei dem Soldaten, der in einem Café mit einem Kommunisten zusammengetroffen ist, handelt es sich um den Mann, der die erste Anzeige erhalten hat, und dessen Zusammenreffen mit dem Kommunisten mit der Polizei zum Zwecke der Festnahme veranlaßt war.

Strafanzeige gegen Minister Klages.

Braunschweig, 4. Februar.
Der Rechtsvertreter des Reichsbanners hat heute gegen den braunschweigischen Minister Klages bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Begünstigung und wegen Versuch einer Strafbereitelung erstattet. Die Anzeige wendet sich gegen eine amtliche Erklärung des Ministers, in der behauptet worden war, der kürzlich verstorbene Reichsbannermann Reier sei von einem Gefinnungs-freunde erschossen worden. Das Reichsbanner erklärt, es erblide in dieser Darstellung, die mit den polizeilichen Ermittlungen nicht im Einklang lände, einen Eingriff in ein schwebendes Verfahren, wodurch von dem wirklich Schuldigen abgelenkt worden sei.

Nationalsozialistischer Tumult im Münchner Stadtrat.

München, 4. Februar.
Im Stadtrat entstanden heute Tumulten bei Behandlung eines kommunistischen Antragstellungsantrages der eine weitgehende Senkung der städtischen Beiträge verlangte. Der Führer der nationalsozialistischen Fraktion, Stadtrat Effer, begab sich mit anderen Fraktionseigenen zum Tisch des Vorsitzenden und nahm die Glocke an sich. In dem allgemeinen Lärm war kaum verständlich, daß Effer drei Ordnungsrufe erhielt und aus der Sitzung ausgeschlossen wurde. Da Effer erklärte, sich nur der polizeilichen Macht zu fügen, schloß der Oberbürgermeister die Sitzung unter außerordentlicher Ursache während der es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der Bayerischen Volkspartei und der Nationalsozialisten kam.

Nationalsozialistische Beschimpfung des Reichspräsidenten Ebert.

Berlin, 4. Februar.
Wegen Beschimpfung des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert wurde vom Schöffengericht Schöneberg der verantwortliche Redakteur der nationalsozialistischen Zeitung „Völkischer Wächter“, Saage, zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Unter der Überschrift „Ein sensationelles Urteil: Ebert als Massenmörder“ war in einem Artikel seines Blattes behauptet worden in einer Verhandlung gegen einen Nationalsozialisten habe das Gericht als wahr unterstellt, daß Ebert beim Munitionstreif zu Beginn des Jahres 1918 den Tod von Tausenden von Soldaten auf sein Gewissen geladen habe. In der Verhandlung gegen Saage berichtete der Vorsitzende der Neupräsidenten Strafkammer als Zeuge, das Gericht habe damals lediglich als wahr unterstellt, daß ein Munitionstreif immer schädliche Folgen habe. Der angeklagte Redakteur erklärte, daß er den besagten Artikel nicht gelesen habe und den Verfasser nicht kenne. Das Schöffengericht stellte fest, daß der Redakteur auf Grund dieser Angaben nicht als Täter bestraft werden könne. Da der Artikel zweifellos eine große Beschimpfung des ersten Oberhauptes der deutschen Republik enthalte, so liege objektiv eine strafbare Handlung vor. Redakteur Saage wurde wegen Fahrlässigkeit nach § 21 des Pressegesetzes zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte vier Monate zwei Wochen Gefängnis beantragt.

Politischer Mord? Am Donnerstag abend wurde in Lanitz bei Berlin der 22jährige Joseph Bartsch durch einen Schuß schwer verletzt aufgefunden. Er wurde dem Krankenhaus zugeführt, wo er gestorben ist. Drei verdächtige Personen wurden festgenommen. Der Mord scheint politischer Natur zu sein.

Kommunistische Demonstrationen in Osnabrück. 25 Demonstrationen. Eine 200 Kommunisten, die hauptsächlich aus den Ruhrbezirken gekommen waren, hatten Donnerstag abend versucht, in der Nähe des Limbeker Platzes in Osnabrück zu demonstrieren. Die Polizei griff sofort ein und konnte die Demonstranten zerstreuen. 25 Teilnehmer wurden festgenommen. Ein Kommunist der eine Schußwunde bei sich führte, wird sich demnächst zu verantworten haben.

Keine Rotenabkämpfung in Rumänien. Der Finanzminister demontiert auf das kategorische die von einem Blatt lancierten Gerüchte von einer teilweisen Abkämpfung der rumänischen Rotschwarzen. Er erklärt alle diesbezüglichen Gerüchte als reine Fiktion.

R